

# *Überblick über die Ergebnisse der Online-Befragung des BMJ*

*von im Betreuungsrecht tätigen Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern*



Bundesministerium  
der Justiz



*Erhebungs-Design  
und Repräsentativität*

# Erhebungs-Design

- **Standardisierte Online-Befragung** von im Betreuungsrecht tätigen Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern
- **unterstützt** durch das **Statistische Bundesamt**
- Online-Tool von llamapoll
- Fragebogen mit **44 Fragen**
- Inhaltliche Vorabstimmung mit Ländern im Rahmen einer Online-Besprechung
- Feldphase 30. November 2023 bis 12. Januar 2024
- Breite Streuung des Zugangslinks über LJV und Verbände

# Rückläufe der Umfrage

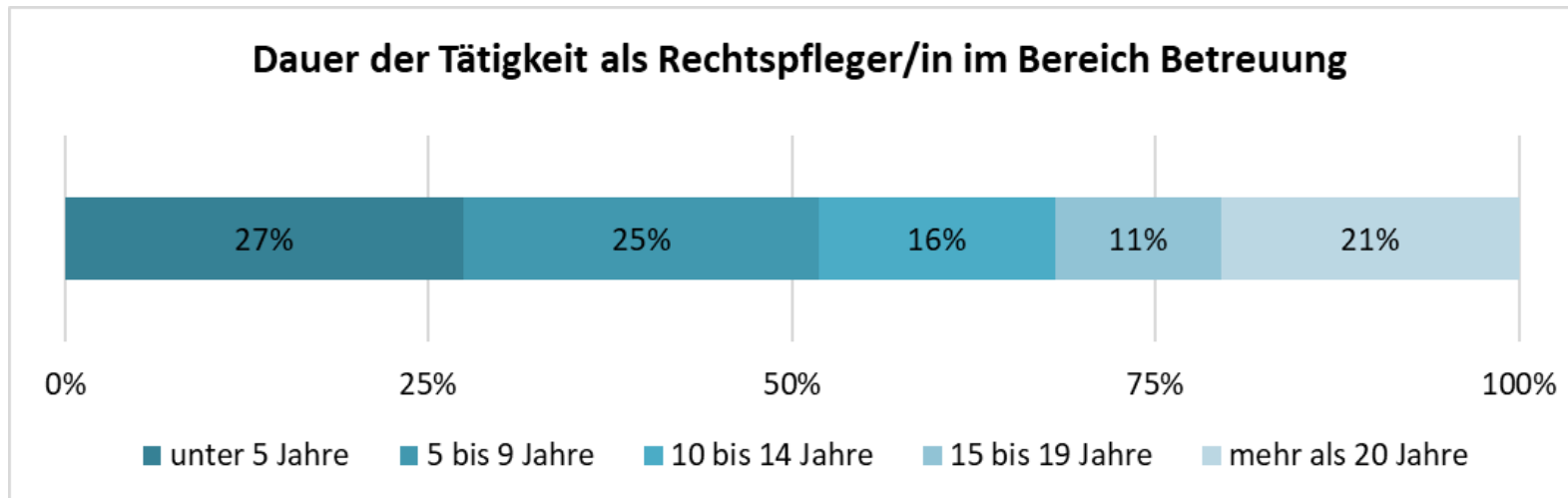
- **1088 Teilnehmer/innen**
- **729 vollständige Teilnahmen**
- Rücklaufquote vollständiger Teilnahmen: **67%**
- Auch partielle Teilnahmen werden in der Auswertung berücksichtigt

# Rückläufe der Umfrage – Verteilung auf die Bundesländer

Bundesland	Anzahl	Häufigkeit	Bevölkerungsanteil 2022
Baden-Württemberg	209	23,6%	13,4%
Bayern	174	19,6%	15,9%
Nordrhein-Westfalen	94	10,6%	21,5%
Niedersachsen	68	7,7%	9,7%
Rheinland-Pfalz	54	6,1%	4,9%
Sachsen	46	5,2%	4,8%
Schleswig-Holstein	42	4,7%	3,5%
Hessen	40	4,5%	7,6%
Berlin	31	3,5%	4,5%
Brandenburg	26	2,9%	3,1%
Thüringen	26	2,9%	2,5%
Hamburg	23	2,6%	2,2%
Mecklenburg-Vorpommern	20	2,3%	1,9%
Sachsen-Anhalt	16	1,8%	2,6%
Saarland	15	1,7%	1,2%
Bremen	2	0,2%	0,8%
<b>Gesamt</b>	<b>886</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>

# Tätigkeitsdauer

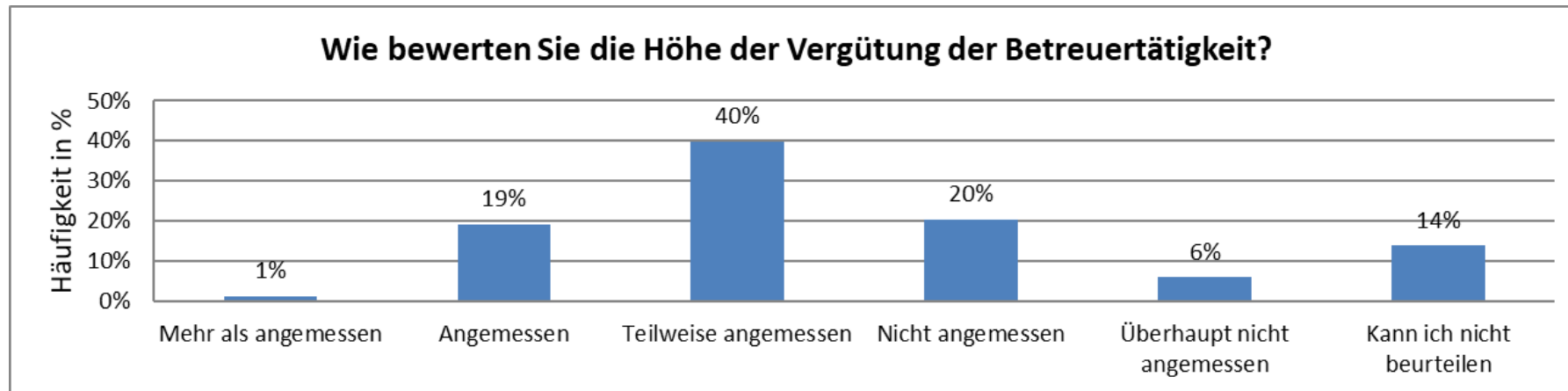
Die befragten Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sind im Median **seit neun Jahren im Bereich Betreuung** tätig (n=885).



# *Beurteilung Vergütungssystem*

# Beurteilung des Vergütungssystems – Höhe der Vergütung

Die **Mehrheit** der Befragten (60%) hält die Höhe der Vergütung der Betreuertätigkeit **für angemessen** oder für **jedenfalls teilweise angemessen** (n=844). Ein **Viertel** der Befragten hält die Höhe der Vergütung für **nicht oder überhaupt nicht angemessen**. 14% der Befragten gaben an, dies nicht beurteilen zu können.





# Beurteilung des Vergütungssystems - Höhe der Vergütung

## Pro:

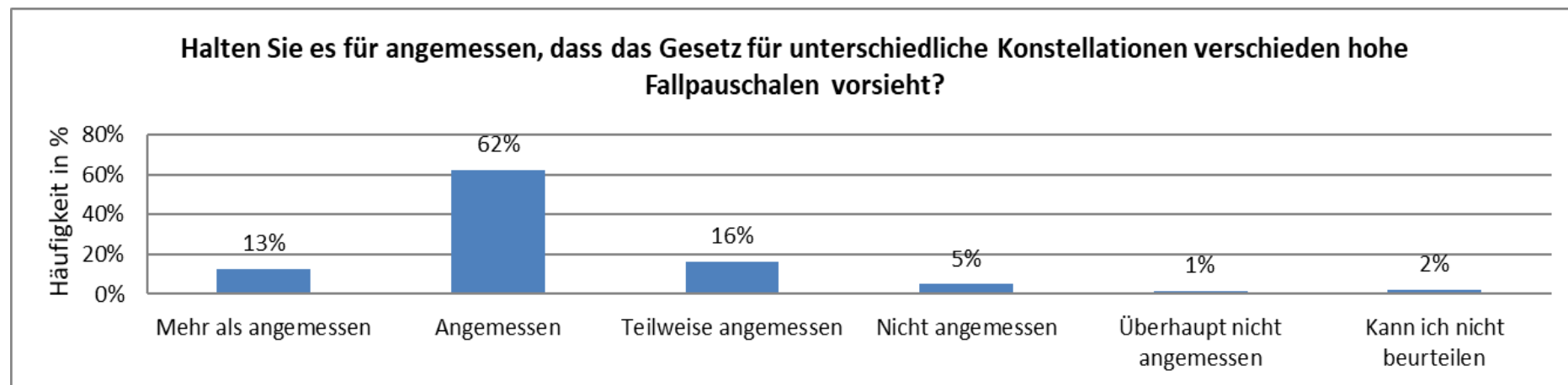
- Vergütung entspricht Tätigkeitsaufwand
- Bei Mischkalkulation angemessen
- Tatsächlicher Bedarf/Aufwand sehr unterschiedlich; daher teilweise eher zu hohe Vergütung, teilweise zu niedrig
- Persönliches Engagement der Betreuer/in sehr unterschiedlich; daher teilweise eher zu hohe Vergütung, teilweise zu niedrig

## Contra:

- Zu gering für qualitative Arbeit
- Mischkalkulation funktioniert nicht
- Nachwuchsprobleme wegen geringer Vergütung
- Zu gering in Vergütungstabellen A und B
- Besser Stufung nach Erfahrung
- Gestiegene Kosten und reformbedingter Mehraufwand nicht berücksichtigt
- Jede betreute Person darf dieselbe Qualität erwarten
- Nicht kostendeckend

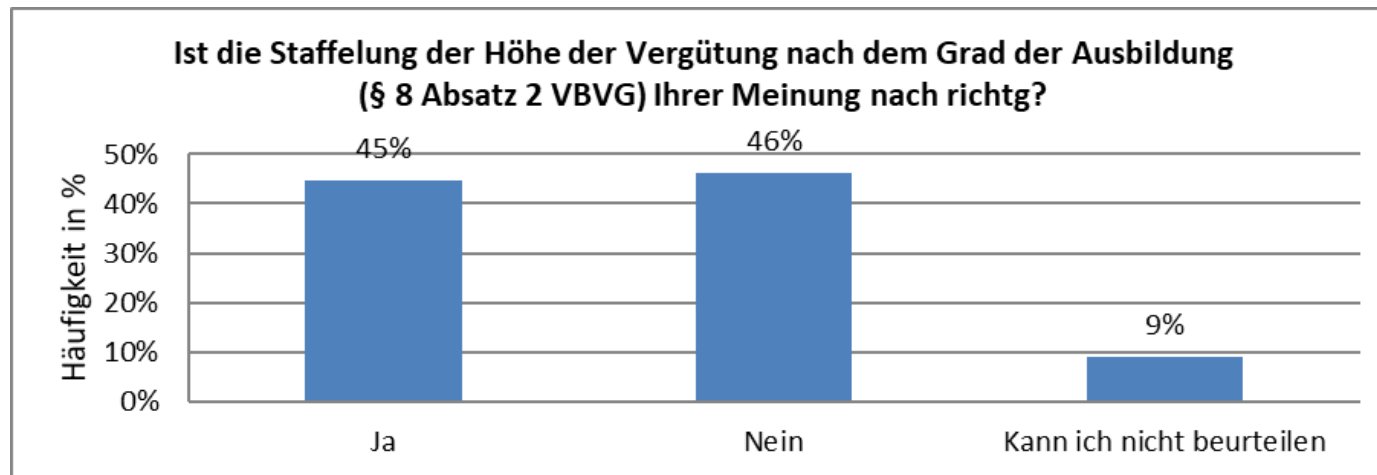
# Beurteilung des Vergütungssystems - für unterschiedliche Konstellationen verschieden hohe **Fallpauschalen**

**Verschieden hohe Fallpauschalen für unterschiedliche Konstellationen** hält die Mehrheit der Befragten für angemessen oder teilweise angemessen (n=829).



# Beurteilung des Vergütungssystems - Staffelung der Höhe der Vergütung nach dem **Grad der Ausbildung**

Was die Staffelung der Höhe der Vergütung nach dem **Grad der Ausbildung** angeht, sind die Befragten gespalten: Ungefähr die **Hälfte** der Befragten hält sie für richtig bzw. für nicht richtig (n=823).



# Beurteilung des Vergütungssystems - Staffelung der Höhe der Vergütung nach dem **Grad der Ausbildung**

## **Pro:**

- Höhere Ausbildung bedeutet höhere Qualität
- Weniger Inanspruchnahme von externer Expertise notwendig, eigene Fachkompetenz
- Anreiz für hochqualifizierte Kräfte
- Allgemeines Prinzip
- Höher qualifizierte Betreuer/innen werden für die komplexeren Fälle vorgesehen

## **Contra:**

- Fachliche Qualifikation für den Betreuerberuf losgelöst vom Ausbildungsgrad
- Berufserfahrung entscheidender
- „irgendein“ hoher Bildungsabschluss (z.B. Biologie) nutzt für Betreuertätigkeit nichts
- Gleicher Arbeitsaufwand
- Engagierte Betreuer/innen ohne hohen Abschluss werden benachteiligt und zu gering vergütet
- Berufliche Qualifikation nur bei konkreter Auswahlentscheidung relevant

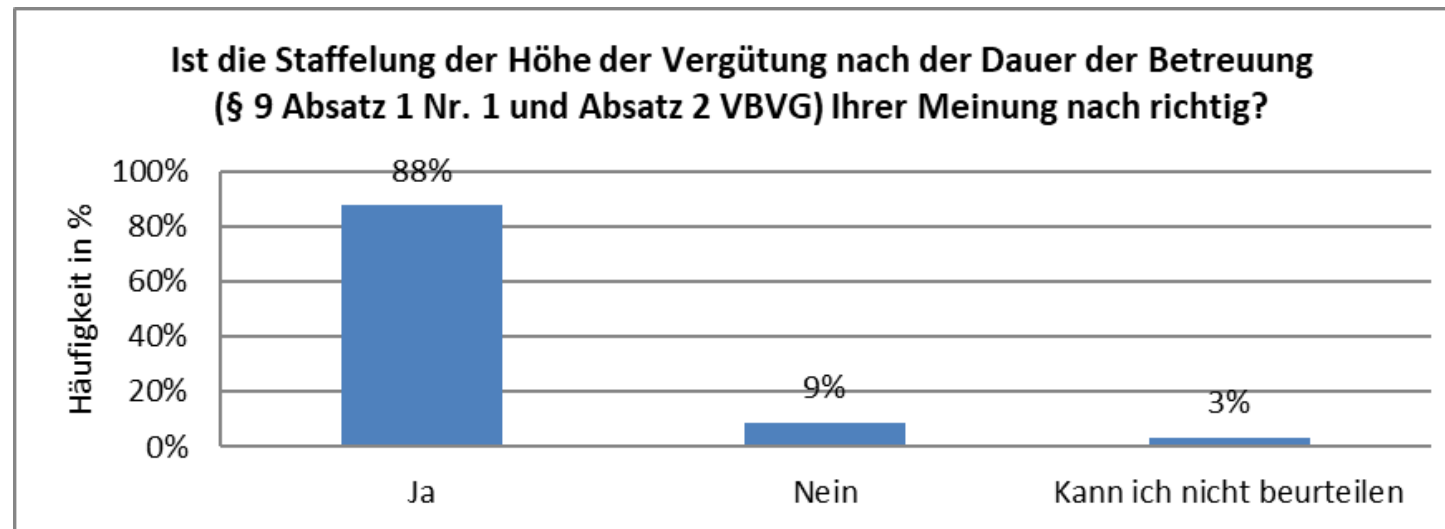
# Beurteilung des Vergütungssystems -

## Frage nach Höherstufung nach dem 1.1.2023

Die überwiegende Mehrheit der Befragten gab an, die Betreuungsrechtsreform habe zu keiner (17%) oder bei weniger als 10% der Betreuer/innen (69%) zu einer Höherstufung in eine höhere Vergütungstabelle geführt (n=802).

# Beurteilung des Vergütungssystems - Staffelung der Höhe der Vergütung nach der **Dauer der Betreuung**

Die Staffelung der Höhe der Vergütung nach der **Dauer der Betreuung** hält die überwiegende Mehrheit (88%) für richtig (n=794).



# Beurteilung des Vergütungssystems - Staffelung der Höhe der Vergütung nach der **Dauer der Betreuung**

## **Pro:**

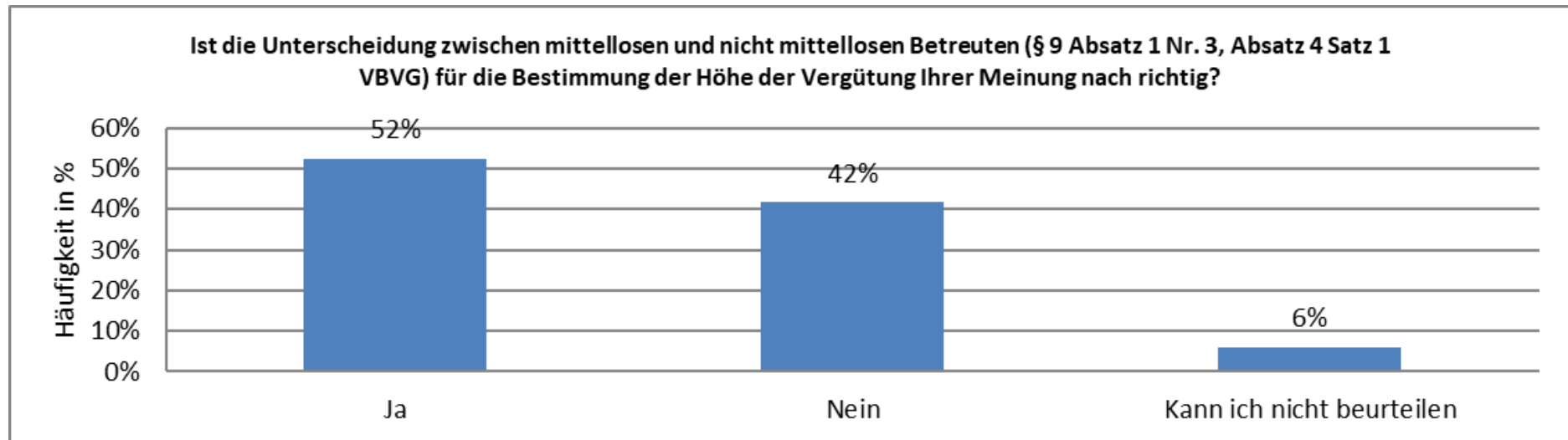
- zu Beginn der Betreuung besteht in aller Regel ein höherer Betreuungsaufwand
- In Mischkalkulation angemessen
- Beschränkung auf ein Jahr/Verlängerung des Zeitraums
- Staffelung zu kleinteilig

## **Contra:**

- Betreuungen bleiben teilweise dauerhaft aufwendig oder es entstehen im Verlauf aufwendige Situationen
- Jede Betreuung sollte gleich vergütet werden
- Betreuerwechsel verursacht ähnlichen Aufwand wie zu Beginn
- Staffelung zu kleinteilig

# Beurteilung des Vergütungssystems - Unterscheidung zwischen **mittellosen und nicht mittellosen Betreuten**

Die Unterscheidung zwischen **mittellosen und nicht mittellosen Betreuten** für die Bestimmung der Höhe der Vergütung hält ungefähr die **Hälfte** der Befragten für richtig (n=790).





# Beurteilung des Vergütungssystems -

## Unterscheidung zwischen **mittellosen** und **nicht mittellosen Betreuten**

### **Pro:**

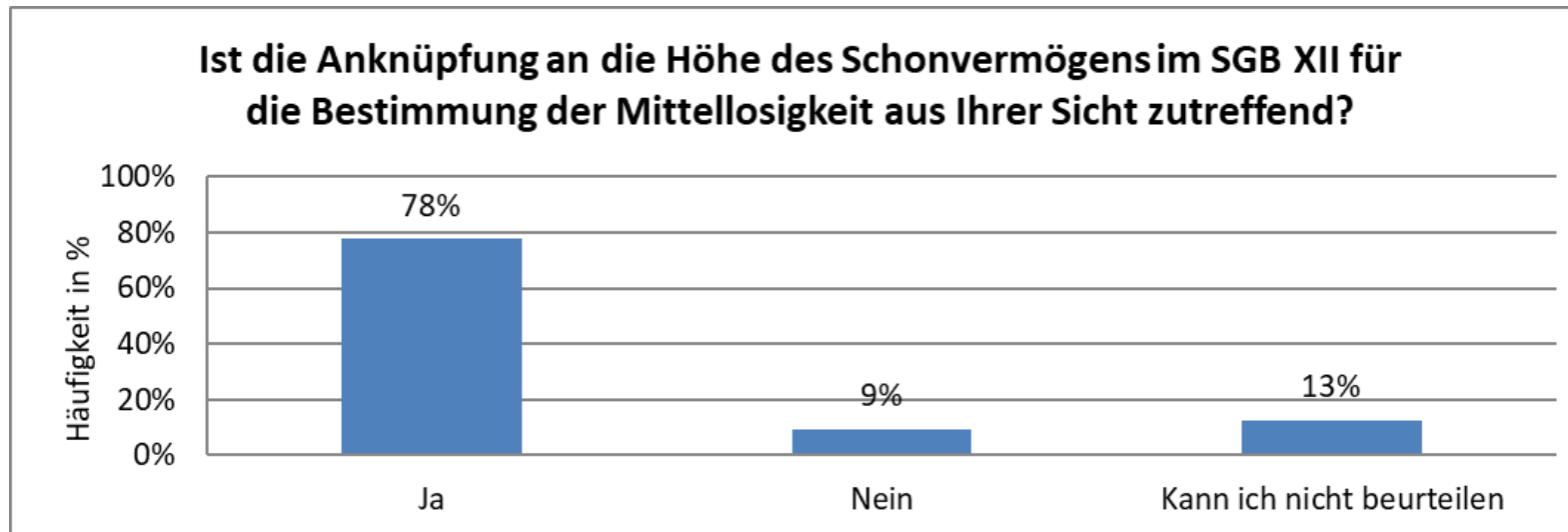
- Durchschnittlicher höherer Aufwand
- Höheres Haftungsrisiko
- Entlastung der Staatskasse
- Grenze 10.000€ zweifelhaft

### **Contra:**

- Betreuungsaufwand ist durchschnittlich derselbe
- Jede Betreuung sollte gleich vergütet werden
- Aufwand ist bei mittellosen Betreuten höher („Sozialleistungslandschaft“, Verschuldung)
- Konservative Vermögensverwaltung bedeutet kaum Mehraufwand
- Schafft Fehlanreiz, zu sparen, um höhere Vergütung zu erhalten

# Beurteilung des Vergütungssystems - Anknüpfung an die Höhe des **Schonvermögens** im **SGB XII**

Die **Anknüpfung** an die Höhe des **Schonvermögens** im **SGB XII** für die Bestimmung der Mittellosigkeit hält die überwiegende **Mehrheit** (78%) für richtig (n=783).



# Beurteilung des Vergütungssystems - Anknüpfung an die Höhe des **Schonvermögens** im **SGB XII**

## **Pro:**

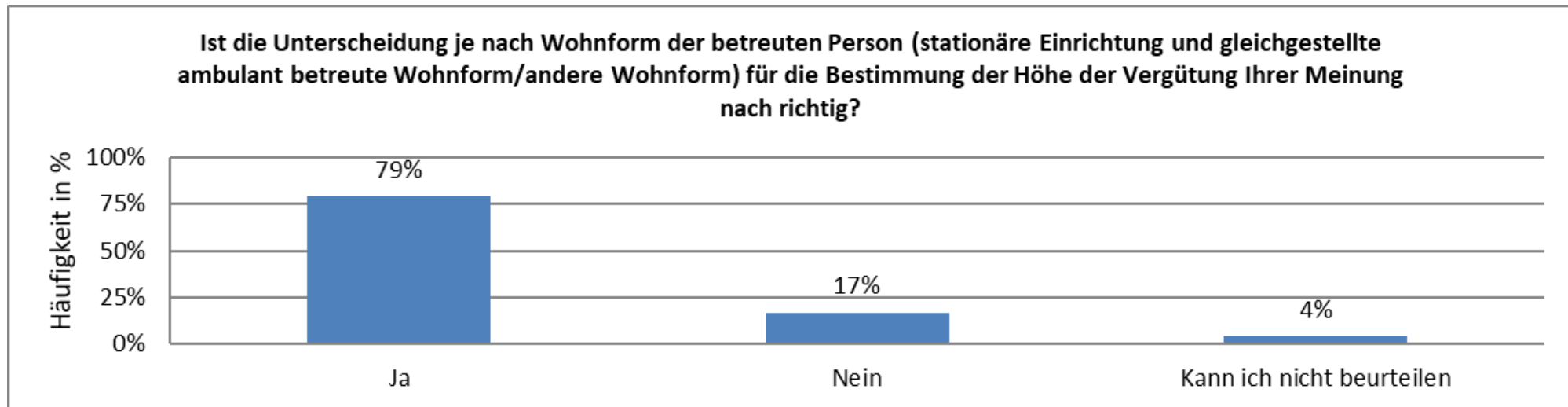
- Geeigneter Maßstab
- Gleichlauf mit Sozialrecht
- Klare, eindeutige Regelung
- Geringer Aufwand bei Feststellung

## **Contra:**

- Anknüpfung nicht komplikationslos
- Höhe des Schonvermögens mittlerweile zu hoch
- Höhe des Schonvermögens ist zu niedrig
- Besser eigenständige Regelung im Betreuungsrecht
- Besser Anknüpfung an Gerichtskosten (25.000€)
- Anknüpfung an Schonbetrag im Bürgergeld plus Bestattungsvorsorge

# Beurteilung des Vergütungssystems - Unterscheidung nach **Wohnform**

Die Unterscheidung nach **Wohnform** (stationäre Einrichtung und gleichgestellte ambulant betreute Wohnform/andere Wohnform, vgl. § 9 Absatz 1 Nr. 2, Absatz 3 VBVG) für die Bestimmung der Höhe der Vergütung hält die überwiegende **Mehrheit** (79%) für richtig (n=779).



# Beurteilung des Vergütungssystems - Unterscheidung nach **Wohnform**

## **Pro:**

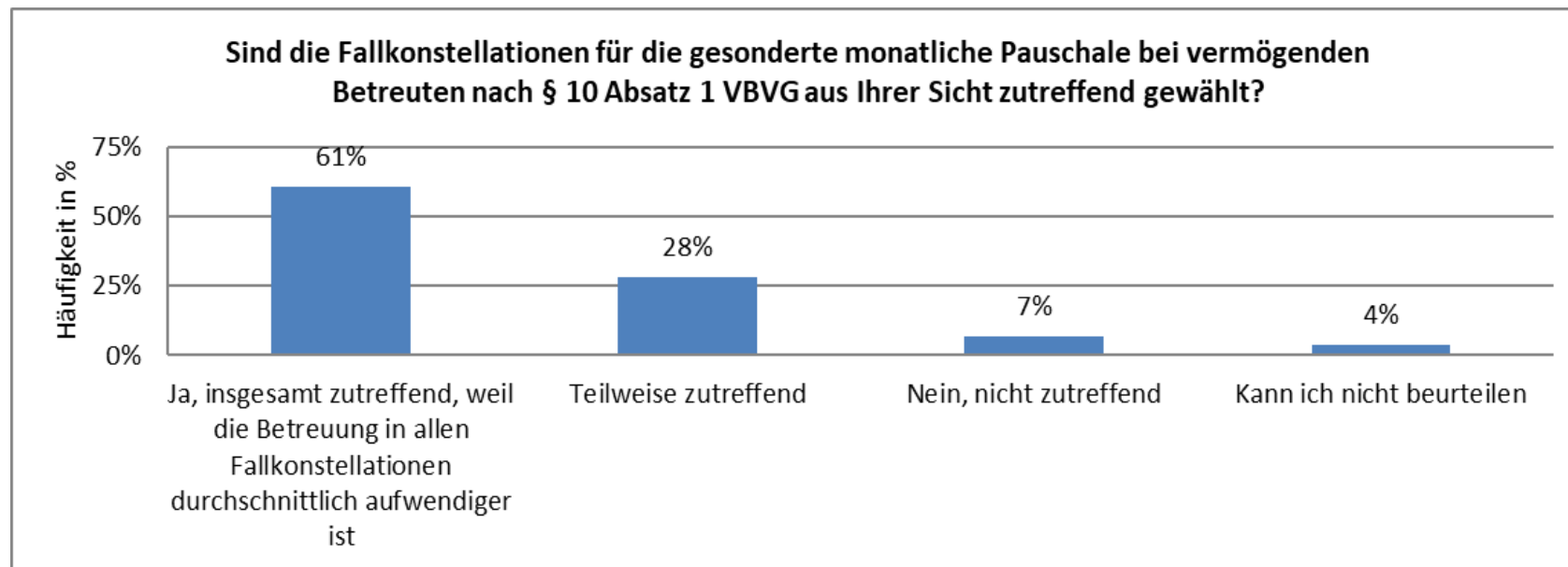
- Betreuung im Durchschnitt aufwendiger in eigenem Haushalt bzw. Einrichtung mit wählbaren Leistungen
- BGH-Rechtsprechung nicht sachgerecht
- Anreizwirkung für Verbleib der betreuten Person im eigenen Haushalt
- Mehr persönlicher Kontakt zu betreuten Personen mit eigenem Haushalt

## **Contra:**

- Unterscheidung erfasst Betreuungsaufwand nicht richtig
- Betreuungsaufwand unabhängig von Wohnform
- Aufwendige Prüfung, welche Wohnform zutreffend ist
- BGH-Rechtsprechung nicht sachgerecht

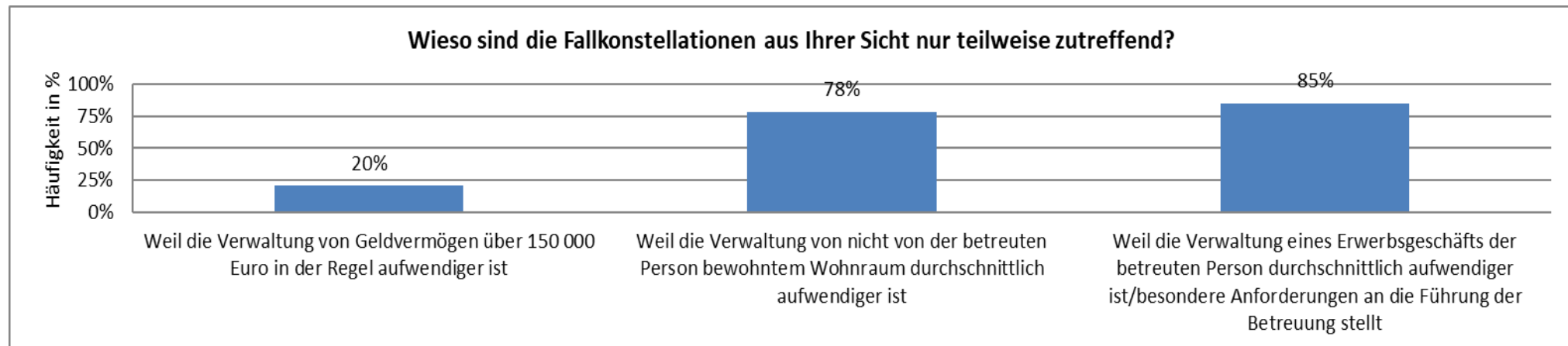
# Beurteilung des Vergütungssystems - gesonderte monatliche **Pauschale bei vermögenden Betreuten**

Die Fallkonstellationen für die gesonderte monatliche **Pauschale bei vermögenden Betreuten nach § 10 Absatz 1 VBVG** hält eine deutliche Mehrzahl der Befragten für zutreffend oder teilweise zutreffend gewählt (n=776).



# Beurteilung des Vergütungssystems - gesonderte monatliche **Pauschale bei vermögenden Betreuten**

Von den Befragten, die die Pauschalen für teilweise zutreffend erachten, hält die überwiegende Mehrheit die Pauschale bei Verwaltung von nicht von der betreuten Person bewohntem Wohnraum sowie bei Verwaltung eines Erwerbsgeschäfts der betreuten Person für zutreffend (n=220, Mehrfachauswahl möglich).



# Beurteilung des Vergütungssystems - gesonderte monatliche **Pauschale bei vermögenden Betreuten**

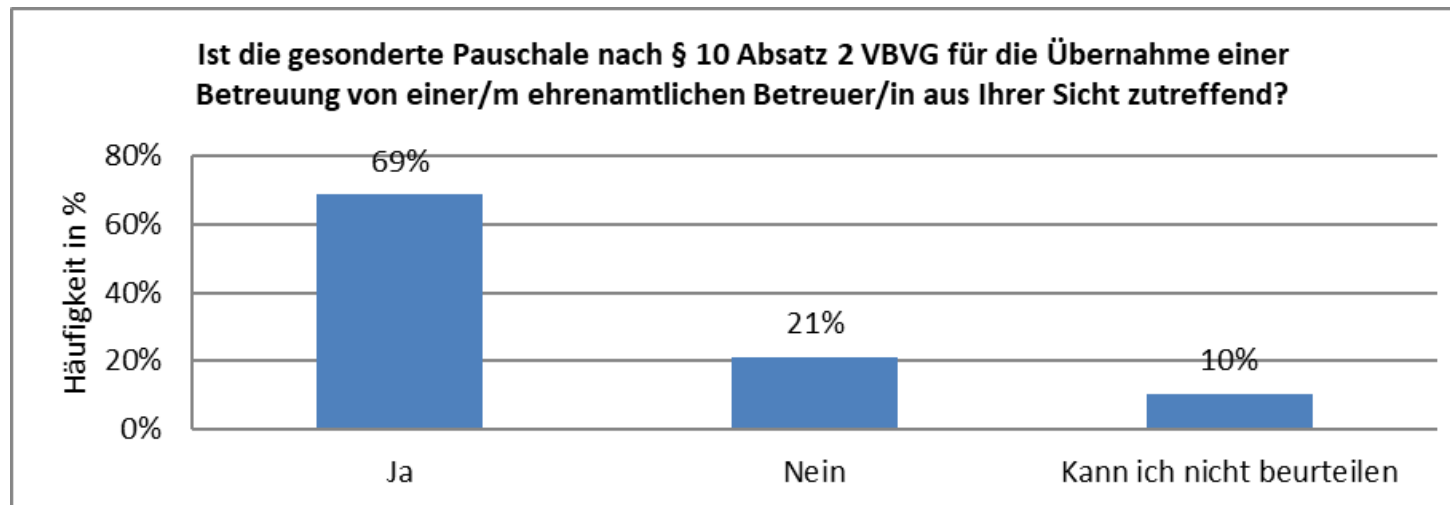
Als **Argumente gegen** die gesonderte monatliche Pauschale wurden genannt:

- Fallkonstellationen machen keinen Unterschied in der Tätigkeit
- häufig erfolgt keine aktive Verwaltung von Vermögen
- schafft Fehlanreiz für Nichtauflösung von nicht genutztem Wohnraum
- deren niedrige Höhe bei tatsächlich bestehendem Mehraufwand
- Streit anfälligkeit.



# Beurteilung des Vergütungssystems - Pauschale bei **Übernahme von einer/m ehrenamtlichen Betreuer/in**

Die gesonderte Pauschale für die **Übernahme** einer Betreuung **von einer/m ehrenamtlichen Betreuer/in** nach **§ 10 Absatz 2 VBVG** hält die Mehrzahl der Befragten für zutreffend (n=772).



# Beurteilung des Vergütungssystems - Pauschale bei **Übernahme von einer/m ehrenamtlichen Betreuer/in**

## **Pro:**

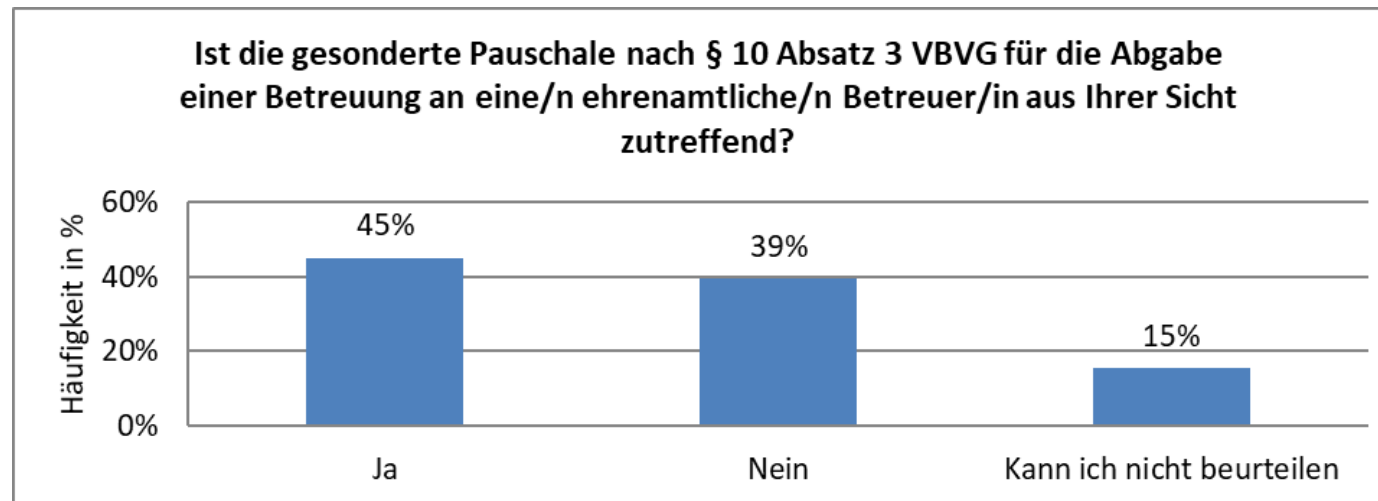
- in der Regel höherer Aufwand bei Übernahme
- Versäumnisse müssen aufgearbeitet werden
- Wechsel erfolgt häufig wegen Untätigkeit/unzureichender Tätigkeit

## **Contra:**

- Übernahme einer Betreuung in der Regel vom Aufwand her vergleichbar mit der Fortführung einer eigenen Betreuung
- Ehrenamtler führen Betreuungen teilweise sehr ordentlich
- Jeder Wechsel sollte extra vergütet werden

# Beurteilung des Vergütungssystems - Pauschale bei **Abgabe an eine/n ehrenamtliche/n Betreuer/in**

Die gesonderte Pauschale für die **Abgabe** einer Betreuung **an eine/n ehrenamtliche/n Betreuer/in nach § 10 Absatz 3 VBVG** halten 45% der Befragten für zutreffend, 39% für nicht zutreffend und 15% gaben an, dies nicht beurteilen zu können (n=771).



# Beurteilung des Vergütungssystems - Pauschale bei **Abgabe an eine/n ehrenamtliche/n Betreuer/in**

## **Pro:**

- Abgabe ist in der Regel mit höherem Aufwand verbunden; berufliche/r Betreuer/in steht als Ansprechpartner/in zur Verfügung
- Schafft Anreiz zur Abgabe
- Entschädigung

## **Contra:**

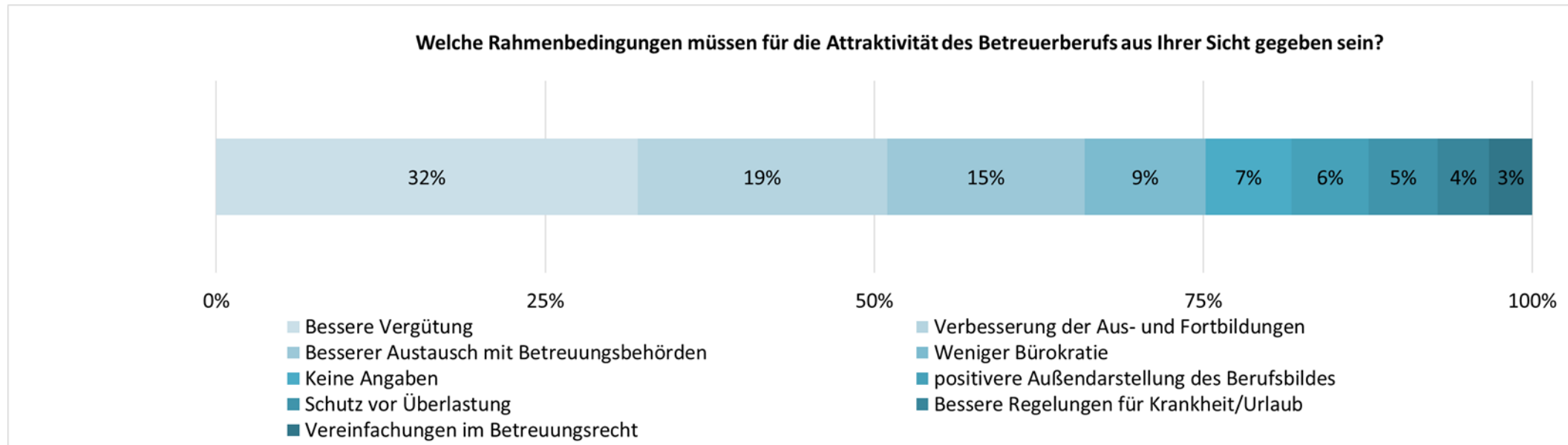
- Kein Mehraufwand; keine weitere Begleitung durch berufliche/n Betreuer/in
- Anreiz nicht erforderlich, Abgabe an Ehrenamt hat nach Gesetz zu erfolgen, wenn geeignete Person vorhanden
- Kaum ehrenamtliche Betreuer/innen vorhanden
- Kein Unterschied, an wen abgegeben wird
- Beratung/Begleitung durch Betreuungsvereine
- Beibehaltung der „einfachen“ Betreuung ist lukrativer

# Beurteilung des Vergütungssystems – neue Kriterien?

- **61%** der Befragten gaben an, die **Kriterien** zur Bemessung der Höhe der Vergütung hätten sich **insgesamt bewährt** (n=759).
- **23%** der Befragten sprachen sich für **andere Kriterien** aus. Als **weitere oder andere Kriterien** zur Bemessung der Höhe der Vergütung wurden insbesondere der **Betreuungsumfang** (z.B. Anknüpfung an Aufgabenkreise, insb. Vermögenssorge (Rechnungslegungspflicht)), das **Krankheitsbild** der betreuten Person und die **Lebenssituation** (Wohnungslosigkeit, Gesamtvermögen, Verschuldung, familiäres Umfeld) genannt. Auch besonders **arbeitsaufwendige Umstände**, wie das Bestehen einer privaten Krankenversicherung und einer Beihilfeberechtigung, werden erwähnt. Vorgeschlagen wird auch eine Anknüpfung an die **Fähigkeiten** der Betreuerin bzw. des Betreuers, z.B. durch nachgewiesene **Fortbildungen**.
- **16%** der Befragten gaben an, eine **Streichung bzw. Änderung** zu befürworten. Von der Streichung einzelner Unterscheidungskriterien bis hin zu einer „Einheitspauschale“ werden unterschiedliche Auffassungen vertreten.

# Beurteilung des Vergütungssystems – Rahmenbedingungen?

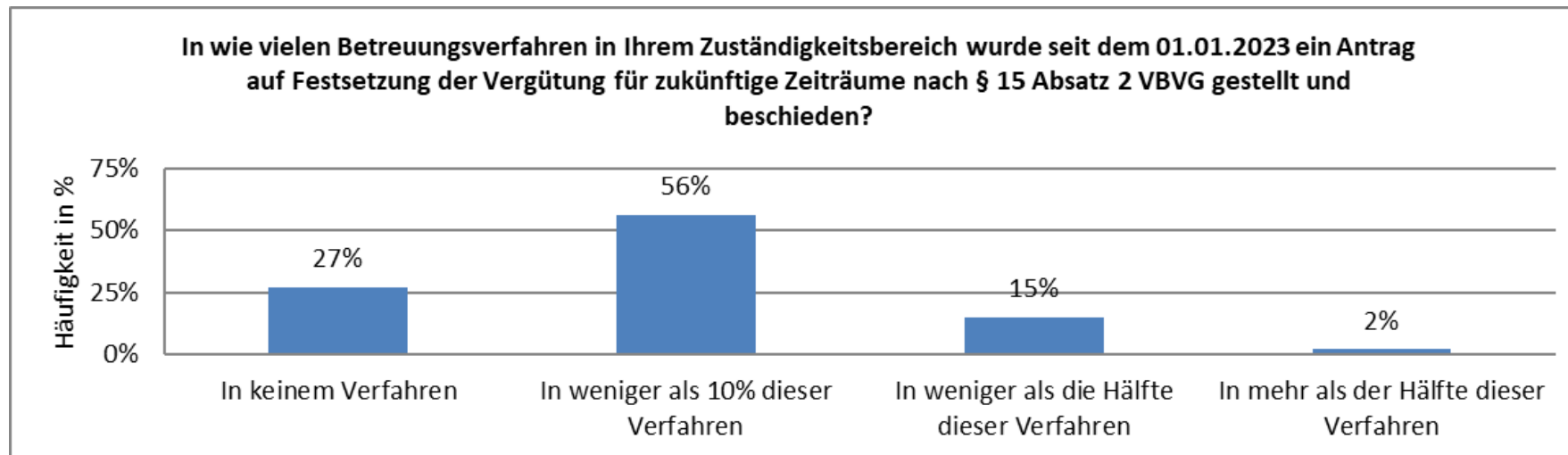
Aus Sicht der Befragten spielt die Angemessenheit der Vergütung eine große Rolle für die Attraktivität des Betreuerberufs (n= 738). Daneben werden als Hauptfaktoren eine Verbesserung der Aus- und Fortbildungssituation (z.B. eigener Studiengang) sowie eine stärkere Unterstützung durch die Betreuungsbehörde genannt.



# *Vergütungsfestsetzung*

# Vergütungsfestsetzung - Verfahren nach § 15 Absatz 2 VBVG

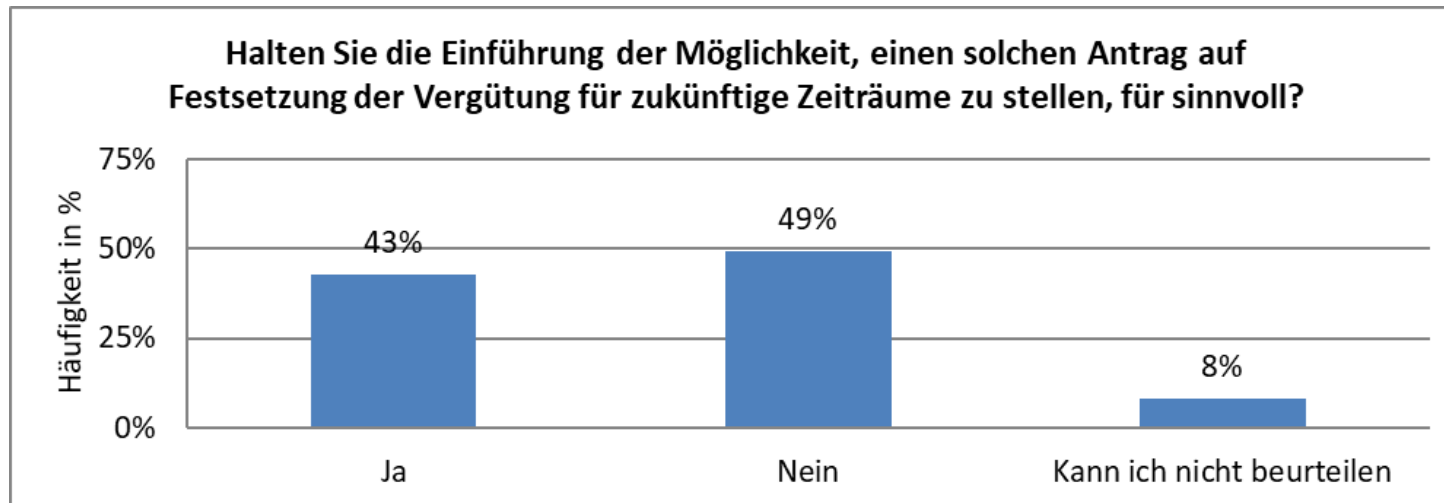
Von der **Möglichkeit der Dauervergütungsfestsetzung** nach § 15 Absatz 2 VBVG wird nach Angaben der Befragten eher **wenig Gebrauch** gemacht (n=734). Ca. ein **Viertel** der Befragten gab an, in **keinem Verfahren** sei ein Antrag gestellt/beschieden worden. Über die Hälfte der Befragten gab an, ein Antrag auf Dauervergütungsfestsetzung sei in weniger als 10% der Verfahren gestellt bzw. beschieden worden.





# Vergütungsfestsetzung - Verfahren nach § 15 Absatz 2 VBVG

Die **Möglichkeit der Dauervergütungsfestsetzung** nach § 15 Absatz 2 VBVG für zukünftige Zeiträume hält fast die **Hälfte** der Befragten für **sinnvoll** bzw. für **nicht sinnvoll** (n=734).



# Vergütungsfestsetzung - Verfahren nach § 15 Absatz 2 VBVG

## **Pro:**

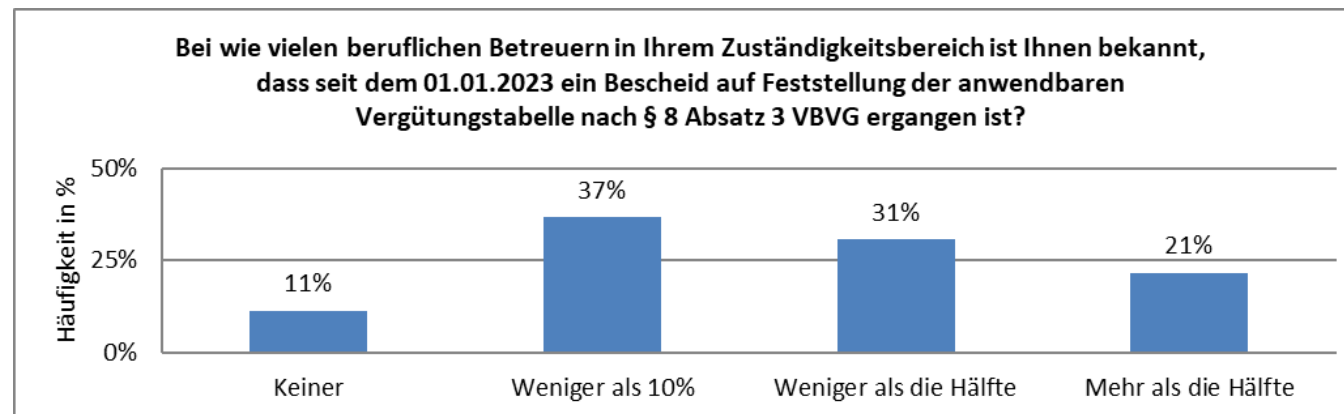
- Arbeitersparnis für Rechtspfleger/innen
- Entlastung für berufliche Betreuer/innen
- Entlastung der  
Geschäftsstellen/Serviceeinheiten bei den  
Gerichten
- finanzielle Stabilität für berufliche  
Betreuer/innen

## **Contra:**

- Technische Rahmenbedingungen fehlen (z.B.  
automatisierte Auszahlung)
- derzeit keine Arbeitersparnis für  
Rechtspfleger/innen
- problematisch, wenn Vergütung variiert
- Veränderungen werden teilweise nicht zeitnah  
mitgeteilt
- Rückforderungsverfahren aufwendig

# Vergütungsfestsetzung - Verfahren nach § 8 Absatz 3 VBVG

Von der **Möglichkeit der Feststellung** der anwendbaren **Vergütungstabelle** nach § 8 Absatz 3 VBVG wird nach Angaben der Befragten **Gebrauch** gemacht (n=729). **21%** der Befragten gaben an, dass in **mehr als der Hälfte** der Verfahren ein entsprechender Bescheid ergangen sei; **31%** der Befragten gaben an, dass dies in **weniger als der Hälfte** der Verfahren der Fall sei. In **63%** der Fälle fällt dies in die **Zuständigkeit des Vorstands** des am Sitz/Wohnsitz des Betreuers zuständigen **Amtsgerichts**. Im Übrigen fällt die Entscheidung in die Zuständigkeit des Vorstands des Landgerichts, des Gruppenleiters am Amtsgericht, des Bezirksrevisors oder eines zentral zuständigen Amtsgerichts.



# Vergütungsfestsetzung- Ideen?

- Ca. **ein Drittel** der Befragten sieht **keinen weiteren Bedarf** für Verbesserungen des Vergütungsfestsetzungsverfahrens.
- **Teilweise** wird eine weitere **Vereinfachung** des Vergütungssystems bis hin zu einer „Einheitspauschale“ befürwortet. Auch eine Verbesserung der **technischen Infrastruktur** birgt für viele Befragte Potential. Dies bezieht sich sowohl auf die Möglichkeit automatisierter (Dauer-)Auszahlungen als auch auf die Verwendung einheitlicher Antragsformulare.

*Veränderungen in der  
Betreuungsführung nach der  
Reform*

# Veränderungen in der Betreuungsführung nach Reform

- Die Mehrzahl der Befragten gab an, in der Aufsicht **Hinweise auf Veränderungen** in der **Betreuungsführung** der beruflichen Betreuer/innen durch die Reform zum 1.1.2023 **zumindest in einzelnen Bereichen** zu haben (n=712). Die Jahresberichte seien teils aussagekräftiger als vor der Reform.
- Rund ein **Fünftel** der Befragten gab an, **mehr persönliche Gespräche** zwischen Betreuer/in und betreuter Person festzustellen. Teilweise sei dies schon vor der Reform Standard gewesen. Andererseits würden weiterhin Betreuer/innen kaum persönlichen Kontakt zu betreuten Menschen (insb. bei Personen in Heimeinrichtungen) pflegen.
- **Mehr als die Hälfte** der Befragten gab an, dass seit der Reform **zumindest in Einzelfällen** Vereinbarungen zwischen Betreuer/in und betreuter Person dazu, dass diese **Rechtshandlungen selbst vornehmen** und nicht (mehr) durch die/den Betreuer/in vertreten werden, geschlossen wurden (n=707). **6%** gaben an, dies sei **häufig** der Fall.